



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

ρ: Berliner Brief.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Berliner Brief.

13. Januar.

Morgen wird der Landtag eröffnet. Es ist eine mißliche Sache, heute über die politische Situation zu schreiben. Von Inhalt und Fassung der Thronrede wird die weitere Gestaltung der Dinge zunächst vorzugsweise abhängen. Aber wer möchte heute noch sich mit Vermuthungen über diesen Punkt hervorwagen? Ich wenigstens kann das um so weniger thun, weil, bevor diese Zeilen in die Presse gehen, die Thronrede in Aller Händen sein wird. Ich muß mich für heute darauf beschränken, die Eröffnung des Landtags mit den besten Wünschen zu begleiten. Die Verhältnisse, unter denen er zusammentritt, sind schwierig und eigenthümlich verwickelt. Zwar die Kriegsgefahr, welche noch beim Beginn des neuen Jahres uns bedrohte, ist durch die Mäßigung der nordamerikanischen Regierung beseitigt. Nachdem Lincoln und Seward, unbeirrt durch den Lärm einer aufgeregten öffentlichen Meinung, stark genug gewesen sind, der Stimme der Vernunft Gehör zu geben, hat England wieder freiere Hand für die europäischen Verhältnisse. Die allgemeine Lage ist dadurch für jetzt weit weniger gespannt, als man noch vor acht Tagen vermuthen durfte. Wir mögen uns freuen, daß der Landtag unter friedlicheren Aspekten eröffnet wird, wenn wir uns auch nicht verhehlen dürfen, daß manche innere Schwierigkeit bei einer drohenden Kriegsgefahr wahrscheinlich leichter gehoben sein würde. Der Kern der Verwicklung liegt bei uns in der Militärfrage. Ueber alle anderen Differenzen wird man leichter hinwegkommen. Nun ist unverkennbar, daß der Mehrbewilligung für den Bedarf der Armee weniger Schwierigkeiten entgegen treten werden, wenn sich Kriegsgefahr am politischen Horizonte zeigt. Aber wer möchte so frevelhaft sein, aus solchem Grunde einen Krieg zu wünschen?

An der Möglichkeit einer Verständigung darf man nie verzweifeln. Nothwendig ist vor allen Dingen nur, daß man dazu von allen Seiten den guten Willen mitbringt, daß man alte Irrungen und Mißverständnisse vergißt und die gegenwärtig vorliegenden Fragen nur nach den in der Sache selbst liegenden Momenten entscheidet, ohne sich durch Zuneigungen oder Abneigungen, die aus früheren Verhältnissen herrühren, bestimmen zu lassen. Je leichter sich dies in der Theorie ausnimmt, desto schwieriger wird es oft in der Praxis. An einige Namen, die jetzt wieder auf dem Kampfplatz erscheinen, knüpfen sich Erinnerungen an eine Zeit, welche zum mindesten seit der Amnestie für alle Parteien der Geschichte angehören müßte. Aber viele sonst wohlwollende

Männer können sich von diesen Erinnerungen nicht befreien. Selbst bis in die Spitzen der Regierung reicht das Vorurtheil, welches einen Namen von etwas demokratischem Klang für gefährlicher hält, als den schlimmsten und feindseligsten Reactionär. Wir hoffen nichts mehr, als daß die ersten Wochen des Landtags dieses Vorurtheil überwinden werden.

Wo das politische Leben gesund ist, da müssen alle im Lande wirklich vorhandenen Parteien auch im Landtag vertreten sein. Wir bedauern aufrichtig, daß die besten Köpfe der feudalen Reaction diesmal fehlen; aber aus demselben Grunde freuen wir uns, daß die Demokratie durch ihre besten Köpfe vertreten ist. Eine Partei, welche gesunde Lebenskraft besitzt, hat den Kampf mit ihren Gegnern nicht zu fürchten; und wenn die Constitutionellen diesmal etwas weniger schläfrig und vertrauensfelig sein werden, als bisher, so ist das ein Vortheil, für welchen sie sich bei ihren weiter links gehenden Kollegen zu bedanken haben. Daß die Demokratie sich Jahre lang von der Betheiligung am politischen Leben in Preußen fern hielt, war sehr zu beklagen. Wenn jetzt wieder demokratische Elemente zum Vorschein kommen, so soll man sie nicht von vornherein zurückstoßen. Denn dadurch treibt man sie dahin, principiell gegen das Ministerium zu frondiren. Gelänge es aber wirklich, sie gänzlich auszuschließen, so müßte die Partei nach und nach in eine ungesunde Gährung gerathen, welche der Entwicklung des Ganzen niemals förderlich sein kann. Besser ist es, die Gegensätze plagen offen auf einander. Wer die Fortschrittspartei principiell ausschließen wollte, der würde ja dadurch der reactionären Theorie von der schiefen Ebene Recht geben, er würde einräumen, daß die mittleren Parteien nicht die Kraft besitzen, dem Drängen der extremen Parteien Widerstand zu leisten. Je weniger die Constitutionellen den Kampf mit der Demokratie zu scheuen haben, desto erwünschter sollte ihnen die Gelegenheit dazu sein.

Aber freilich, die Schwierigkeit ist deshalb so bedeutend und eigenthümlich, weil selbst die ministerielle Partei in der Hauptfrage, die jetzt vorliegt, dem Ministerium nur mit halbem Herzen folgt. Die Stimmung, wie sie sich jetzt ausspricht, geht dahin, daß ein Compromiß möglich sein wird, wenn eine Sicherheit dafür gegeben werden kann, daß mit der Durchführung der Armee reform zugleich liberale Reformen auf anderen Gebieten der Gesetzgebung gefördert werden sollen. Bisher waren solche Reformen durch das Herrenhaus gehindert. Das Abgeordnetenhaus aber wird es müde, jährlich viele Millionen für die Armee zu bewilligen, im Uebrigen aber sich in resultatlosen Redensarten zu ergehen. Die Reform des Herrenhauses also wird, wie es scheint, die Bedingung sein, unter der die Armee reform angenommen werden kann. Wenn aber neuerdings eine ministerielle Broschüre über die Aufgabe der constitutionellen Partei uns damit vertrösten will, daß wir eine ausrei-

hende Pairsernennung am Schluß der gegenwärtigen Session erwarten dürfen, so ist dabei ein sonderbares *ὑποτιμον πρότιμον* vorausgesetzt. Mit einer solchen gemüthlichen Aussicht wird man nicht viel ausdrücken; vielmehr werden die Abgeordneten ohne Zweifel für ihre Bewilligung eine baare Gegenzahlung verlangen. Und daran thun sie Recht.

Inzwischen hat uns die letzte Woche den Wortlaut der Depesche gebracht, in welcher Graf Bernstorff das Bundesreformproject des Herrn v. Beust beantwortet. Der wesentliche Inhalt war bereits früher durch eine ausführliche Analyse bekannt. Mit Vergnügen constatiren wir zunächst den milden Lärm, welchen die preußische Depesche im österreichischen und großdeutschen Lager hervorgerufen hat. Die Allgemeine Zeitung sucht ihre giftigsten Pfeile hervor, um das „Roggenmehl“ des Grafen Bernstorff in Mißcredit zu bringen. Ob ihr das gelingen wird, das hängt nun zunächst vom Grafen Bernstorff selbst, und fast noch mehr von seinen Collegen ab. Vorläufig haben wir freilich nur mit dem Ausdruck einer Ansicht zu thun; es ist nirgends ersichtlich, daß Schritte geschehen seien oder demnächst geschehen sollen, um diese Ansicht zur praktischen Geltung zu bringen. Aber es ist doch schon ein Großes, daß der nationale Gedanke seit 1850 zum ersten Male wieder von der preußischen Regierung anerkannt und offen als das Ziel ihres Strebens hingestellt ist. Bis jetzt hatten wir für die deutsche Politik der gegenwärtigen Regierung kein anderes Programm, als die bekannte ziemlich allgemein gehaltene Antwort des Grafen Schwerin an die Stettiner, und die Circulardepesche des Herrn von Schleiniz vom 6. Juni 1860, in welcher darauf gedrungen wird, daß, in soweit von der Gesamtheit des Bundesgebietes die Rede ist, der völkerrechtliche Charakter des Bundes in seiner Reinheit festgehalten und wiederhergestellt werde. Diesen Gedanken wiederholt auch jetzt Graf Bernstorff, aber er geht einen Schritt weiter und verlangt für die reindeutschen Staaten einen engeren Verein innerhalb des Bundes, einen Bundesstaat in dem Staatenbunde. Für diesen engeren Verein soll ein ständiges militärisches Obercommando in eine Hand gelegt und eine einheitliche Vertretung nach Außen hergestellt werden. Daß diese eine Hand die Preußens sein soll, sagt Graf Bernstorff nicht; aber es versteht sich so sehr von selbst, wie daß die Ströme seawärts fließen.

Die Herstellung der deutschen Einheit läßt sich auf einem doppelten Wege denken: entweder man beginnt damit, die allgemeine Form zu schaffen, in welche sich die einzelnen Glieder hineinfügen sollen, oder man läßt die Einheit von innen herauswachsen, indem man erwartet, daß an einen festen Kern die einzelnen zersprengten Glieder sich mehr und mehr anschließen. Der erste der beiden Wege wurde im Jahre 1848 versucht; es ist klar, daß er überhaupt nur in der Zeit einer großen Erregung und unter dem Einfluß

dieser Erregung gelingen kann. Daher ist es ganz richtig, daß Graf Bernstorff für jetzt vielmehr an den zweiten Weg denkt. Diesen bezeichnet er deutlich, indem er an das im Artikel 11. der Bundesacte gewährte Bündnißrecht zu engeren Vereinigungen unter einem Theil der Bundesgenossen erinnert. Er denkt sich also, daß durch eine Reihe von Special-Conventionen die einzelnen Staaten sich in Betreff des militärischen Obercommando und der diplomatischen Vertretung an Preußen anschließen sollen, etwa in ähnlicher Weise, wie der Zollverein allmählig herangewachsen ist. Daß dieser Weg ein langsamer ist, darf uns nicht irre machen; die Weltgeschichte rechnet nicht nach Monaten. Aber damit er überhaupt gangbar sei, muß Preußen durch liberale Reformen sich eine größere Anziehungskraft verschaffen.

Von der „jüngsten geistvollen Arbeit des hervorragenden Staatsmannes“, welchen Graf Bernstorff mit liebenswürdiger Ironie ungefähr wie einen geschickten Feuilletonisten behandelt, um ihn desto unbefangener loben zu können, wird nun wohl nicht länger die Rede sein. Desto mehr aber von dieser preussischen Erklärung. Deshalb wäre wohl zu wünschen gewesen, daß ein Satz, der vielfach mißdeutet werden wird, eine etwas andere Fassung erhalten hätte. Graf Bernstorff spricht davon, daß das „Bundesverhältniß derjenigen vier Staaten, welche den Schwerpunkt und Mittelpunkt ihres Organismus außerhalb des Bundesverhältnisses haben, ein unüberwindliches Hinderniß für eine Entwicklung der Verfassung des Gesamtbundes in bundesstaatlicher Richtung bilden muß“. Wir fragen erstaunt, wer jene vier Staaten sind. Daß Oesterreich, ferner Dänemark für Holstein und Lauenburg, drittens Holland für Luxemburg und Limburg gemeint sind, versteht sich von selbst. Aber der vierte Staat kann nur Preußen sein; denn außerdem gibt es keinen deutschen Staat, welcher zugleich ein außerhalb des Bundes gelegenes Gebiet besäße. Aber hat darum Preußen seinen Schwerpunkt und Mittelpunkt außerhalb des Bundes? Und könnte man daraus nicht folgern, daß Preußen selbst sich außerhalb des engeren Vereins stelle und die Bildung des Bundesstaats den übrigen reindutschen Staaten überlasse? Als der Gedanke der Union zuerst officiell angekündigt wurde, in einer preussischen Circularnote vom 23. Jan. 1849, wurde ausdrücklich nur „Oesterreich so wie das deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks“ von der Bildung des engeren Bundesstaats ausgeschlossen.

Das deutsche Gebiet Dänemarks! Damals protestirte die schleswig-holsteinische Landesversammlung einstimmig gegen diesen Ausdruck, weil kein Theil der Herzogthümer als „deutsches Gebiet Dänemarks“ bezeichnet werden dürfe. Zugleich verwahrte sie feierlich das Recht, Holsteins, auf Theilnahme am deutschen Bundesstaate. Jetzt gibt es keine schleswig-holsteinische Landesversammlung, um dieses Recht zu wahren. Jetzt handelt es sich überhaupt gar nicht darum, Holsteins Recht auf Theilnahme am Bundesstaat zu vertheidigen,

sondern die Incorporation Schlesiens in Dänemark abzuwehren. Denn das ist das Thema der jüngsten, zwischen Preußen und Dänemark gewechselten Depeschen, welche gleichfalls in diesen Tagen veröffentlicht sind.

Die formelle Sachlage ist sehr einfach. Im August v. J. wurde die bereits eingeleitete Bundesexekution wieder sistirt, weil Dänemark wenigstens ein formelles Zugeständniß gemacht und vorläufig darauf verzichtet hatte, über die im Normalbudget festgestellte Quote hinaus von Holstein einen Zuschuß zu den Ausgaben des Gesamtstaates zu verlangen. Während der Zwischenzeit bis zum Ablauf des Gesamtstaatsbudgets sollte versucht werden, eine Verständigung über die Verfassungsverhältnisse Holsteins zwischen Dänemark und den deutschen Mächten zu Stande zu bringen. Wer den hartnäckigen Troß der Dänen kennt, konnte darauf von vornherein nur geringe Hoffnung setzen. Es zeigt sich jetzt, daß die Dänen keine Verständigung wollen. Die jüngste Depesche des Herrn Hall ist ganz so durchweg verneinend, wie Alles, was seit Jahren von der dänischen Regierung ausgegangen ist. Nachdem man länger als sechs Jahre verhandelt hat, findet der dänische Minister, daß es noch immer nicht an der Zeit ist, Vorschläge über die definitive Ordnung der Verfassungsverhältnisse Holsteins zu machen. Er will die Sache noch weiter verschleppen und sich vorläufig nur über ein Provisorium auf der Grundlage des factisch bestehenden Zustandes verständigen. Der Gedanke, den er hierbei im Auge hat, ist leicht zu durchschauen und ist gar kein Geheimniß. Der ganze Plan ist bereits am 11. Decbr. v. J. im dänischen Reichstag bei Gelegenheit einer Interpellation des Abgeordneten Hansen ausführlich entwickelt. Wir wissen daraus, daß die Dänen die Absicht haben, vermöge des Rumpfreichsraths nach und nach die Incorporation Schlesiens zu vollziehen. Der Rumpfreichsrath ist ein von der Vertretung des Gesamtstaats übrig gebliebener Rest, welchen die dänische Regierung wider alles Recht und wider alle Vernunft fortbestehen ließ, nachdem die Gesamtstaatsverfassung für Holstein und Lauenburg aufgehoben war. Der Reichsrath war die Vertretung des ganzen Gesamtstaats; sobald dieser durch das Ausscheiden von Holstein und Lauenburg aufhörte, mußte auch der Reichsrath aufhören; dieser durfte nicht für den Rest, d. h. für Dänemark und Schleswig fortbestehen. Aber die dänische Regierung berief trotzdem nach dem Ausscheiden von Holstein und Lauenburg den Rumpf des Reichsraths wieder zusammen, und Deutschland ließ sich dies aus Schwäche und Nachgiebigkeit gefallen, aber doch nur in der Voraussetzung, daß dieser Zustand ein kurzer, vorübergehender sein werde. Jetzt hat dies factische Provisorium bereits länger als drei Jahre bestanden. Die Dänen haben sich auf solche Weise eine gemeinschaftliche Volksvertretung für Dänemark und Schleswig erschwindelt. Damit ist ein Hauptpunkt des Eiderprogramms erreicht. Der dänische Gedanke ist nun,

daß der jetzige Zustand sich consolidiren, daß der Eiderstaat nach und nach ein fait accompli werden soll.

Die Dänen wollen also nicht etwa durch einen offenen Act die Incorporation Schleswigs aussprechen und das dänische Grundgesetz von 1849 auf Schleswig ausdehnen. Vielmehr wollen sie sich selbst gleich bleiben. Gewissermaßen durch ein Taschenspielerkunststück wollen sie die Incorporation vollziehen, ohne daß man es bemerkt. Der Rumpfreichsrath soll in seinem jetzigen Umfange als definitiv anerkannt werden. Dann würde man mit der Zeit den dänischen Reichstag und die schleswigschen Stände in den Reichsrath aufgehen lassen.

Dies ist der Plan der Dänen, welchen sie euphemistisch gewöhnlich als eine Aussonderung Holsteins aus dem Gesamtstaat bezeichnen. Graf Bernstorff ist nicht im Zweifel darüber, wo das Gefährliche der augenblicklichen Situation steckt. In seiner Depesche vom 5. Decbr. spricht er ausdrücklich von dem „noch factischen Fortbestehen des Reichsraths für Schleswig“. Der Conflict über diesen Punkt kann vielleicht bald auf eine Entscheidung hindrängen. Zum 25. Januar ist der Rumpfreichsrath wieder nach Kopenhagen einberufen. Ein Gerücht will wissen, daß Preußen beabsichtige, seine diplomatischen Beziehungen zu Dänemark abzubrechen, falls der Rumpfreichsrath wieder in Wirksamkeit trete. Ob dies richtig ist, müssen wir dahin gestellt sein lassen (es ist unrichtig, D. Red.). Der Minister des Auswärtigen kann am besten beurtheilen, wann eine solche Maßregel zeitgemäß ist.

Glaubt Graf Bernstorff, daß jetzt der Moment gekommen ist, so wird die Nation sich des einstimmigen Votums erinnern, welches das Abgeordnetenhaus im Mai 1860 für die Sache der Herzogthümer abgegeben hat. Durch dieses Votum hat das Haus, wie damals der Abgeordnete von Carlowitz sich ausdrückte, dem Minister etwa Folgendes gesagt: „Erspähe am politischen Horizont Europas jede Gelegenheit, die sich als eine günstige darbietet, um für das gekränkte Recht der Herzogthümer einzutreten, benutze jede derartige Gelegenheit, wenn sie sich bietet, und sobald sie sich bietet, mit aller Kraft und Energie, und rechne endlich dabei auf die Zustimmung der Nation.“

Wenn die Zeit kommt, wird die Nation zu zeigen haben, daß sie nicht bloß in Worten hat tapfer sein wollen. Freilich flüstert man auch bereits herum, die dänische Kriegsgefahr solle nur vorgespiegelt werden, um die Geburt der Armee reform zu erleichtern. Aber das können wir nicht glauben. Solche Kunststücke wird die Regierung lieber ihren Gegnern überlassen. Die Militärvorlage könnte bei einer solchen Taktik jedenfalls nicht gewinnen.

Ueber Schleswig-Holstein dürfen wir Kurhessen nicht vergessen. Das ist der zweite Punkt, wo die Ehre der Nation verpfändet ist. Und hier ist sie leichter einzulösen, weil die kurhessische Frage eine innere deutsche Angelegen-

heit ist. Zweimal hat die kurhessische Regierung den Landtag unmittelbar nach seinem Zusammentreten aufgelöst. Jetzt ist dies geschehen, noch ehe er sich constituirte hatte. Damit hat die kurfürstliche Regierung zugegeben, daß sie mit der von ihr selbst octroyirten Verfassung nicht zu regieren vermag. Preußen kann einen solchen Zustand, an dem es selbst die moralische Mitschuld trägt, unmittelbar an seinen Grenzen nicht länger dulden. Preußen erkennt die Aufhebung der Verfassung von 1831 nicht als rechtmäßig an. Unmittelbar nach dem Bundesbeschluß vom 24. März 1860 wurde erklärt, daß die weitere Entwicklung zunächst eine innere hessische Landesangelegenheit sei. Seitdem aber hat das kurhessische Volk sich laut und einmüthig ausgesprochen. Im April 1860 erklärte Herr v. Schleinitz im Abgeordnetenhaus, „die preußische Regierung habe sich selbstverständlich die Consequenzen ihres Verhaltens nach allen Richtungen hin klar gemacht; welches auch immer diese Consequenzen sein mögen, die Regierung werde den einmal von ihr eingenommenen Standpunkt mit Festigkeit zu behaupten, sie werde auf dem Wege, den Ehre und Recht ihr vorzeichnen, unter allen Umständen zu verharren wissen.“ Die Consequenzen haben sich seitdem entwickelt. Es ist nunmehr Zeit, jenes Wort einzulösen.

Die Baumwollennoth in England.

Die letzten Nachrichten aus Amerika machten der Befürchtung, daß es zum Kampfe zwischen der Union und England kommen würde, ein Ende. Hatten wir vor acht Tagen uns zu vergegenwärtigen, was die Folgen eines Krieges sein würden, so weist die neueste Wendung des Streites mehr auf die Frage hin, welche Wirkung der Friede auf England äußern wird. War das Ergebnis jener Erörterung kurz: Aufhebung der Blockade der südlichen Häfen, starke Baumwollenzufuhr nach den britischen Manufacturdistricten und andererseits Lähmung des nördlichen Handels und schwere Schädigung des englischen sowie dauernde, die Zukunft Großbritanniens bedenklich gefährdende Verfeindung mit dem amerikanischen Norden, so ist die Antwort auf die neue Frage noch kürzer: eine Baumwollennoth, wie sie noch nicht da gewesen.

Der Friede zwischen England und der Union bedeutet Fortsetzung des Bürgerkriegs in der Union. Das Hauptmotiv der Nachgiebigkeit Amerikas in der Trent-Angelegenheit war unzweifelhaft der Wunsch, alle Kräfte zur Niederwerfung des Sü-